

DIE LINKE.

i n K a r b e n



Im Dezember 2012 rückte Karlheinz Hofmann für **DIE LINKE.** in die Stadtverordnetenversammlung nach. Hofmann ist 57 Jahre und Betriebsratsvorsitzender in Hanau.

Flüchtlinge auch nach Karben

Es kann nicht sein, dass es im Wetteraukreis Gemeinden gibt, die Flüchtlinge aufnehmen und Karben tut das nicht. Karben darf sich nicht drücken.

Eine soziale Stadt?

Kürzen, streichen, verkaufen, Gebühren erhöhen - das sind die aktuellen Vokabeln der Stadtregierung. Alle öffentlichen Leistungen werden teurer oder sogar ganz abgeschafft. Selbst der Windelzuschuss wird „familienfreundlich“ entsorgt. Karben, eine Stadt zum leben? Für wen?

„Was nutzt ein Schutzschirm, der die Bürger nicht vor Gebührenerhöhungen schützt?“, fragt der Stadtverordnete der LINKEN Karlheinz Hofmann. Zwar wird mit dem Schutzschirm die Karbener Stadtkasse entlastet, aber gleichzeitig

zahlen die Menschen in Karben zukünftig für alle öffentlichen Leistungen erheblich mehr.

Hofmann nennt Beispiele: Zum zweiten Mal seit 2011 werden die Kita-Gebühren erhöht. Zwar wird behauptet, dies sei sozial ausgewo-

Fortsetzung Seite 2

Katze im Sack

Stadtverordnete von CDU, FWG, FDP und Grünen stimmten für den Verkauf des Degenfeld'schen Schlosses in Groß Karben. Doch sie kannten weder den Preis noch den Käufer und seine Pläne.

Die Stadtverordneten entschieden über den Verkauf

ohne ausreichenden Informationen. Der Magistrat hat-

Fortsetzung auf Seite 4

DIE LINKE. Kreistagsfraktion bezeichnet die Mietobergrenzen des Wetteraukreises als unrealistisch. Lesen Sie Seite 4

Eine soziale Stadt?

gen, doch wenn man genau hingeschaut, erweist sich diese Aussage als falsch.

Es ist nämlich so, dass eine Familie mit 2600 Euro monatlichem Bruttoeinkommen 15% der erhobenen Gebühren selbst tragen muss. Eine Familie mit 13.000 Euro im Monat zahlt nur 30% der Gebühren. Es ist absolut nicht sozial ausgewogen, wenn jemand fünfmal so viel verdient aber nur doppelt so viel zahlt. Das begünstigt eindeutig Besserverdiener.

Bürger/innen sollen Schlaglöcher selbst bezahlen

Nächstes Beispiel: Straßensanierungen sollen in Zukunft davon abhängig gemacht werden, ob die Bürger bereit sind für die Maßnahme eigenes Geld zu zahlen. Unweigerlich führt das dazu, dass die Karbener Bürgersteige nur noch bei

konkreter Unfallgefahr repariert werden. Dann allerdings werden die Bürger zur Kasse gebeten. So wurde es von der Mehrheit des Stadtparlaments beschlossen.

Ein weiteres Beispiel ist der Verkauf des Degenfeld'schen Schlosses und der achtzehn Wohnungen im Schloßhof. Dazu lesen Sie mehr im Artikel „Katze im Sack“.

Mit Sparen ist die Verschuldung nicht zu beheben

Das Grundproblem wird von den im Stadtparlament vertretenen Parteien abgestritten oder nicht gesehen. Die Einnahmeseite der Kommunen ist in den letzten 15 Jahren massiv verschlechtert worden.

Laut DGB sind 400 Milliarden an Steuern für die öffentliche Hand verloren gegangen, weil Rot-Grün oder Schwarz-Gelb damit Geschenke an Hoteliers und andere Milliardenvermögen gemacht haben.

Schlussfolgerung: Mit dem Schutzschirm werden die Kommunen kaputt gespart. Leider werden die Bürgerinnen und Bürger erst mit einer zeitlichen Verzögerung bemerken, welche negativen Auswirkungen das für die eigene Geldbörse hat.

Genug gekürzt!

Reichtum

besteuern.

Menschen

vor Profite.

Bitte

weetersagen!

Das kostenlose rechtssichere Faxen von Dokumenten an das Jobcenter oder Sozialamt funktioniert gut. Bitte weetersagen: Im XXL-Copypshop / City-Center Karben / ist das möglich.

Verbraucher zahlen die Energiewende allein

2000 Unternehmen stellten einen Antrag auf Befreiung von der Ökostromumlage. Es sind größtenteils energieintensive Betriebe und Großverbraucher.

Ausgerechnet die zukunfts-fähigen erneuerbaren Energien müssen derzeit als Sündenbock für Strompreiserhöhungen herhalten. Die Erhöhung der Ökostromumlage wird zum willkommenen Anlass genommen, die Strompreise auch 2013 weiter nach oben zu drehen. Energiefressende Unternehmen stehlen sich aus

der Verantwortung, während die Verbraucher die Energiewende fast allein bezahlen.

Laut Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle sind derzeit bereits 700 Unternehmen von der Ökostromumlage befreit, weitere 2000 Unternehmen haben für 2013 einen Antrag auf Befreiung gestellt. Die Strompreiserhöhung

um 13 Prozent mag für einige Familien verkraftbar sein. Doch für einkommensschwache Familien ist eine Steigerung von rund 60 Euro im Jahr kein Pappenstiel.

DIE LINKE. fordert einen Sozialtarif für Strom. Die OVAG - als Unternehmen in kommunalem Besitz - sollte soziale Verantwortung zeigen.

Außerdem könnte die OVAG mit einem Zuschuss einkommensschwache Haushalte zum Kauf energiesparender Elektrogeräte ermuntern. Das gab es früher schon einmal.



Katze im Sack

te den Verkauf hinter verschlossenen Türen verhandelt. **Dennoch stimmte die Mehrheit der Stadtverordneter zu.**

Bei der Abstimmung spielten soziale Gesichtspunkte überhaupt keine Rolle. In Karben gibt es für Kleinverdiener nur wenige Wohnungen zu erschwinglichen Mieten. Wenn jetzt das Degenfeld'sche Schloss verkauft wird, werden auch die 18 Wohnungen im Hof nicht mehr zum Preis von 5,85 Euro pro qm vermietet werden. Es ist absehbar, dass die Mieten erheblich steigen.

Angenommen, für die meist 50 - 60 qm großen Wohnungen werden zwei Euro pro Quadratmeter mehr verlangt - dann bedeutet das 100 Euro weniger für die übrige Lebenshaltung. Für sozial schwache Familien ist das kaum bezahlbar. Diese Familien sitzen leider nicht im Stadtparlament, um gegen den Ausverkauf städtischer Wohnungen zu stimmen.

DIE LINKE. im Kreistag

Arme Menschen finden keine bezahlbare Wohnung

Die Mietobergrenzen des Kreises sind unrealistisch.

Arme Menschen finden kaum eine bezahlbare Wohnung. Die Linke-Kreistagsfraktion hat über ein halbes Jahr Mietangebote in Zeitungen ausgewertet. Insgesamt beträgt die Datenbasis über 2000 Wohnungsangebote.

Klares Resultat: Es gibt so gut wie keinen Wohnraum zu den Preisvorstellungen, wie sie vom Wetteraukreis 2011 in einem „Schlüssigen Konzept“ festgelegt worden sind. Im Wetteraukreis gibt es keinen qualifizierten Mietspiegel. Stattdessen wurden Mietobergrenzen festgesetzt. Danach richtet sich, was Bedürftige vom Jobcenter oder vom Sozialamt maximal für die Miete erhalten. Bedürftige, die in einer teureren Wohnung leben, müssen die Differenz aus ihrer geringen Grundsicherung begleichen und wurden/werden

aufgefordert, umzuziehen. Doch wohin?

Für Karben beträgt die Mietobergrenze 6,42 Euro. Zu diesem Preis gab es im letzten halben Jahr sechs Wohnungsangebote, die von Hartz-IV-Empfängern gemietet werden könnten. Die Quadratmeterpreise wurden im „Schlüssigen Konzept“ für fünf Vergleichsräume festgelegt. Dabei wertete der Wetteraukreis nur zum Teil Zeitungsannoncen aus.

Das Bundessozialgericht urteilte zu Mietobergrenzen: Sie sind gerechtfertigt, wenn ausreichend Wohnraum zu diesem Preis zur Verfügung steht. Die Auswertung der Mietangebote zeigt: Das ist nicht der Fall! **DIE LINKE.** fordert, dass die Mietobergrenzen nach oben korrigiert werden. Die wirklichen Durchschnittsmieten liegen deutlich höher, als festgesetzt.